

Offene Worte

Online Nr. 40

Zeitung der LINKEN für den Barnim 9. August 2020, 30. Jahrg.

Endlich Atomwaffen **abrüsten!**

Mahnung zum 75. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf japanische Städte Hiroshima und Nagasaki: 13.000 Atomwaffen lagern weltweit, Ende des Jahres könnte Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft treten

Am 6. August 1945 fiel erstmals in der Menschheitsgeschichte eine Atombombe auf eine Stadt – abgeworfen von US-amerikanischen Truppen auf das japanische Hiroshima. Nur drei Tage später erfolgte der Abwurf auf das 400 Kilometer entfernte Nagasaki. Über 200.000 Menschen, nahezu ausnahmslos Zivilisten, starben unmittelbar und in den Wochen nach dem militärisch völlig sinnlosen Atomwaffeneinsatz. Die Zahl der Opfer, die aufgrund der Langzeitfolgen zu beklagen sind, lässt sich kaum schätzen.

Es wurden Bücher über die Schrecken der Atombombenabwürfe geschrieben, Filme gedreht, Lieder komponiert – und Hunderttausende Gräber gegraben. Trotzdem ist die Bedrohung durch Nuklearwaffen noch immer nicht gesunken. Obgleich die Zahl der Kernsprengköpfe in den vergangenen Jahren reduziert wurde, lagern noch immer 13.000 Atomwaffen in den Arsenalen der offiziellen

und inoffiziellen Kernwaffenstaaten; über 91 Prozent davon in den USA und Russland. Nicht wenige der Systeme wurden inzwischen modernisiert oder werden an modernste Trägermittel, wie zum Beispiel Drohnen, angepasst.

Einher ging dies mit der Aufkündigung von Abkommen zu Abrüstung und Rüstungsbegrenzung durch US-Präsident Trump. 2019 stieg Washington aus dem INF-Vertrag über das Verbot landgestützter nuklearfähiger Kurz- und Mittelstreckenwaffen aus; um die Verlängerung des New-Start-Vertrags, mit dem die interkontinentalen Atomwaffen Russlands und der USA reduziert werden sollen, über den Ablauf im Februar 2021 hinaus wird derzeit gerungen.

Es gibt jedoch auch Anlass zur Hoffnung. Der am 7. Juli 2017 angenommene Atomwaffenverbotsvertrag verbietet Entwicklung, Produktion, Stationierung und natürlichen Einsatz von Kernwaffen. Weit über 100 Staaten hatten



Foto: pixabay

ihn in der UNO angenommen, er könnte Ende dieses Jahres in Kraft treten. Die Atomwaffenstaaten allerdings verweigern ihre Unterschriften. Dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Nationen nach nuklearer Abrüstung werden sie sich auf Dauer jedoch nicht verweigern können. Der 75. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki wäre

ein guter Anlass, diese Verantwortung wahrzunehmen. Nicht zuletzt würden damit auch Mittel frei, um die Entwicklungsziele der UN wie vorgesehen bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Denn dafür braucht es jeden Dollar, Rubel, Euro ...

Helmut Scholz
Abgeordneter DIE LINKE.
im Europaparlament

Wer A sagt, muss auch B kennen

Am Montag beginnt die Schule. LINKE: Bildungsministerin tritt Debatte um Schule in den Ferien los.

Am Montag beginnt wieder die Schule. In Brandenburg blieb es merkwürdig still zu möglichen neuen Organisationsformen. Kurze Info zur Maskenpflicht, ja. Lange Pressemitteilung auf der Homepage des Bildungsministeriums: Schule im Regelbetrieb, Hygieneregeln, neue Lehrer*innen eingestellt. Hört sich an, als hoffe man darauf, dass „es gut gehen mag“. Das ist Plan A.

Eltern mit schulpflichtigen Kindern würden sich vermutlich freuen, wenn sie wüssten wie Plan B oder gar C aussehen würde. Da bleibt nur die Hoffnung, dass es am Montag Infos aus den Schulen gibt, denn nach Anweisung des Ministeriums muss nun jede Schule ihren eigenen Notfallplan haben. Damit kann man auf lokale Besonderheiten Rücksicht nehmen,

wenn auch mit enormen Aufwand. Und: Die technische Nachrüstung der Schulen für digitales Lernen soll „im Laufe des ersten Schulhalbjahres erfolgen“, heißt es ministeriell. Auch hier die Hoffnung, dass es nicht zu spät sein möge.

Ein Start mit viel Hoffnung also. Umso unverständlicher kurz vor Schulbeginn der Vorschlag der Bildungsministerin, in den Osterferien möglicherweise verbindliche Schulangebote zu unterbreiten. Kathrin Dannenberg, Fraktionschefin der LINKEN im Landtag, kommentiert: „Auf die Streichung von Ferien oder Unterricht am Sonnabend sollte sie besser verzichten. Wer so arbeitet, hat keine Ahnung, was Schulen wirklich brauchen.“ Ein Chaos wie vor den Ferien jedenfalls bestimmt nicht. (bc)

Regionalbahn Eberswalde–Templin

LINKE für den weiteren Betrieb der seit 2018 reaktivierten Strecke

Für einen Weiterbetrieb der Regionalbahn RB63 zwischen Eberswalde-Joachimsthal-Templin sprach sich Sebastian Walter, Landtagsabgeordneter der LINKEN aus Eberswalde Anfang Juli aus. Diese Strecke wurde im Jahr 2006 still gelegt und Ende 2018 unter maßgeblicher Beteiligung der LINKEN in der damaligen Landesregierung reaktiviert. Seitdem fahren zwischen der Barnimer Kreisstadt und dem uckermärkischen Templin im 2-Stunden-Takt Regionalbahnzüge, die auch die Stadt Joachimsthal und kleinere Gemeinden wie Britz, Althüttendorf und Friedrichswalde an das Schienennetz anschließen. Ebenfalls alle 2 Stunden fährt die RB63 zwischen Eberswalde und Joachimsthal, so dass Fahrgäste stündlich von Jo-

achimsthal nach Eberswalde mit dem Zug gelangen.

Darüber, ob weiter Züge auf dieser Strecke fahren, soll nach einem dreijährigen Probebetrieb entschieden werden, dieser Probebetrieb endet im nächsten Jahr.

Deshalb hatte es am 1. Juli auf Initiative des verkehrspolitischen Sprechers der LINKEN im Landtag Brandenburg, Christian Görke, einen gemeinsamen Zugfahrtermin von Templin nach Eberswalde mit der Betreibergesellschaft NEB und dem VBB gegeben, bei dem sich die Beteiligten über die Perspektiven dieses Pilotprojektes austauschten.

Auch der 1. Beigeordnete des Landkreises Barnim, Holger Lampe, sprach sich für den Weiterbetrieb der Strecke aus. (pm)

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN
Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW am
12. August

